

# DIE ZUKUNFT DER BUNDESWEHR UND DER WEHRPFLICHT

FAKTEN, ARGUMENTE UND HINTERGRÜNDE

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

die Zukunft der Bundeswehr und des Wehrdienstes sind Themen, die innerhalb unserer Partei sowie weit darüber hinaus intensiv diskutiert werden. Die Union, die sich der Sicherheit und Verteidigung unseres Landes in einer großen Tradition verpflichtet sieht und die die Fundamente der erfolgreichen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik gelegt hat, muss und wird sich dieser sicherheitspolitischen Frage mit großer Sorgfalt annehmen.

Wir stehen zum Dienst unserer Soldatinnen und Soldaten und zollen ihrer Leistung hohen Respekt. Die Entscheidung über die künftige Ausgestaltung der Wehrform ist von solcher Tragweite, dass eine intensive Diskussion in der ganzen Union wichtig ist, um letztlich gemeinsam eine Lösung beschließen zu können.

Die Bundeswehr ist eine Armee im Wandel. Als Streitkräfte in der Demokratie schützte sie vor 20 Jahren unser Land gegen unmittelbare militärische Bedrohungen. Heute ist sie vor allem in internationalen Friedenseinsätzen engagiert. Der Auftrag der Bundeswehr hat sich verändert. Was daraus für die Bundeswehr und ihre Struktur folgt, muss offen und ehrlich analysiert werden.

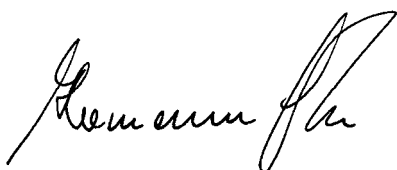
Die Wehrpflicht hat sich bewährt. Sie hat das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“ als Markenzeichen der Bundeswehr über viele Generationen von Vätern, Söhnen und Brüdern hinweg getragen. Aber auch Bewährtes muss überprüft werden, wenn sich die sicherheitspolitische Notwendigkeit deutlich verändert. Dabei darf es kein Denkverbot geben. Leitlinie muss dabei die Bedrohungs- und Sicherheitslage unseres Landes sein. Das ist der Maßstab für unsere Entscheidung.

Um die Diskussion über die Zukunft des Wehrdienstes zu erleichtern, hat Ihnen die CDU-Bundesgeschäftsstelle Informationen zum Wehrdienst sowie zu den damit zusammenhängenden sicherheitspolitischen Aspekten zusammengestellt.

Ich würde mich freuen, wenn Sie das Thema vertieft behandeln und diskutieren würden. Dafür finden sie Vorschläge für mögliche Referenten, sowohl aus den Reihen der Union als auch von Institutionen und Verbänden, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln mit dem Thema Wehr- und Ersatzdienst befasst sind.

Ich freue mich darauf, dieses wichtige Thema auf unserem Parteitag im November mit Ihnen erörtern zu können.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hermann Gröhe', written in a cursive style.

Hermann Gröhe MdB

## Die Zukunft der Bundeswehr und der Wehrpflicht

Seit der Gründung der Bundeswehr ist die Wehrpflicht eng mit unseren Streitkräften verbunden. Sie hat sich bewährt. Für die Landes- und Bündnisverteidigung sicherte sie Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr.

Doch die sicherheitspolitische Lage Deutschlands hat sich seit dem Ende des Kalten Krieges dramatisch verändert. Vor zwanzig Jahren war die Bundesrepublik Deutschland Frontstaat an der Grenze zum Warschauer Pakt. Heute ist unser Land ausschließlich von Freunden umgeben. Auch Russland ist inzwischen ein Partner Deutschlands und der NATO. Damit änderten sich auch die sicherheitspolitischen Anforderungen. Die Landesverteidigung hat an Bedeutung verloren. Aus der Bundeswehr wurde eine Armee im Einsatz.

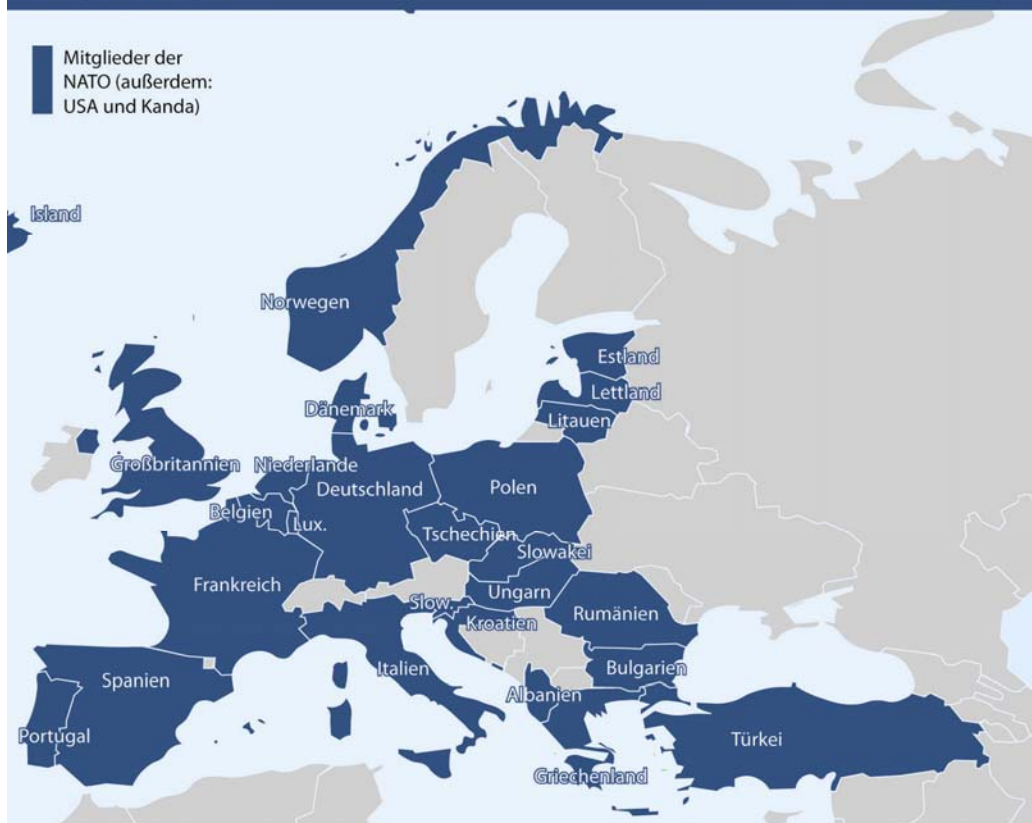
Angesichts dieser Entwicklungen ist es richtig zu prüfen, wie die Bundeswehr der Zukunft aussehen soll. Dabei gibt es zahlreiche gute Argumente für das Festhalten am derzeitigen Wehrpflichtmodell als auch für eine tiefgreifende, auch die Wehrpflicht umfassende Reform der Bundeswehr:

- **Einerseits** trägt die Wehrpflicht zur Landes- und Bündnisverteidigung bei und ist damit ein Element unserer Sicherheitsvorsorge für alle Unwägbarkeiten.  
**Andererseits** droht heute und auf absehbare Zeit kein groß angelegter Angriff auf Deutschland, der eine schnelle Vergrößerung der Bundeswehr durch die aus den Reihen der Wehrpflichtigen stammenden Reservisten notwendig machen würde. Unabhängig davon bringt auch eine Freiwilligenarmee Reservisten hervor, die zudem besser ausgebildet sind als ehemalige Wehrdienstleistende.

## NATO und Warschauer Pakt vor 1990



## NATO 2010



- **Einerseits** hat die Bundesrepublik Deutschland über Jahrzehnte von der Solidarität der Bündnispartner profitiert. Deshalb dürfen wir nicht nur an die eigene Landesverteidigung denken, sondern müssen auch die Bündnisverteidigung im Blick haben.

**Andererseits** aber hat die Mehrzahl unserer Bündnispartner – darunter auch die meisten der nach 1990 neu in die NATO aufgenommenen Staaten – bereits die Wehrpflicht aufgegeben und sich für eine Berufsarmee entschieden. 18 Staaten haben seit 1990 die Wehrpflicht ausgesetzt oder ganz abgeschafft.



#### Staaten mit Wehrpflicht

in der NATO	in der EU	im übrigen Europa
Albanien Deutschland Estland Griechenland Norwegen Türkei	Deutschland Estland Finnland Griechenland Österreich Zypern	Moldawien Russland Schweiz Serbien Ukraine Weißrussland

- **Einerseits** könnte eine drastische Reduzierung der deutschen Streitkräfte zu einem Einflussverlust Deutschlands in der NATO führen.

**Andererseits** fordern aber die Partner in der NATO, Deutschland möge es Ihnen gleichtun und seine Streitkräfte `professionalisieren´ bzw. `kleiner und feiner´ machen, um einen größeren Truppenanteil für das derzeit wahrscheinlichste Einsatzszenario, die Auslandseinsätze, zur Verfügung stellen zu können. Eine schlankere und in ihrer Schlagkraft gestärkte Bundeswehr würde daher den Einfluss Deutschlands im Bündnis stärken.

- **Einerseits** würde eine tief greifende Reform für die Bundeswehr, die zeitgleich Einsätze zu bewältigen hätte, eine enorme Belastung darstellen.

**Andererseits** könnte eine solche Reform für eine längere Zeitdauer Planungssicherheit bieten als lediglich für wenige Jahre – nicht nur für die Gestaltung der Streitkräfte als Ganzes, sondern damit auch für die einzelnen Soldatinnen und Soldaten sowie die Zivilbediensteten der Bundeswehr. Diese haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten einen Prozess konstanter `Reformen´ bzw. der Transformation durchlaufen, der in vielen Fällen mit großen persönlichen Belastungen verbunden war.

- **Einerseits** sind die Wehrpflichtigen von jeher ein Reservoir für die Gewinnung neuer Zeit- und Berufssoldaten vom Gefreiten bis zum General.

**Andererseits** benötigt man für die Ausbildung und Verwaltung von etwa 30 000 Wehrpflichtigen eine Struktur, die ihrerseits rund 10 000 Zeit- und Berufssoldaten bindet.

- **Einerseits** drohen bei einem Verzicht auf Wehrpflichtige zukünftig die Kosten für die Personalgewinnung zu steigen, da die länger Dienenden, die sich erst in ihrer Wehrdienstzeit für einen Berufsweg in der Bundeswehr entscheiden, nicht mehr ohne weiteres angesprochen werden könnten.

**Andererseits** stünden junge Männer – ohne die Unterbrechung durch den Wehrdienst – sofort dem Arbeitsmarkt zur Verfügung bzw. könnten ihre Ausbildung fortsetzen. Aufgrund eines längeren Erwerbslebens kommt es zu volkswirtschaftlich positiven Effekten, die höhere Kosten für die Nachwuchsgewinnung bei weitem aufwiegen könnten, denn durch einen früheren Eintritt in das Berufsleben sind die jungen Männer

länger Steuerzahler und tragen damit zur Finanzierung unserer Gesellschaft bei. Dienstleistende starten später in das Berufsleben als ihre nicht-dienenden Altersgenossen. Der Staat verliert bei dieser verkürzten Lebensarbeitszeit die Steuern für das letzte und damit in der Regel höchste Gehalt der Dienstleistenden. Angesichts der demografischen Entwicklung drängt auch die Wirtschaft darauf, die jungen Männer nicht durch Zwangsdienste zu binden. Zudem kann es attraktiv sein, für einen vernünftigen Sold und bei weiteren Anreizen seinem Land in der Bundeswehr zu dienen.

- **Einerseits** bedeutet eine Aussetzung der Wehrpflicht de facto eine Abschaffung, denn eine Wiedereinführung der Wehrpflicht im Falle eines Spannungsfalls hätte potenziell eine eskalatorische Wirkung. Schon während des Kalten Krieges gab es die Befürchtung, im Falle einer Verschärfung der Spannungen würde eine Entscheidung zur Mobilisierung der Reservisten nicht getroffen, weil sie von der Gegenseite als aggressiver Akt verstanden und die Lage damit weiter verschärft werden könnte. **Andererseits** bliebe bei einer Aussetzung der Wehrpflicht der entsprechende Artikel des Grundgesetzes (12a) weiter in Kraft. Er würde lediglich nicht angewandt. Zudem könnte die Erfassungsstruktur auch dann aufrechterhalten werden, wenn die jungen Männer nicht zum Pflichtdienst herangezogen würden. Die erneute Anwendung der Wehrpflicht wäre ohnehin lediglich dann denkbar, wenn bereits eine außerordentlich schwere Krise entstanden wäre.
- **Einerseits** würden bei einer Aussetzung des Wehrdienstes auch für die Ersatzdienste keine jungen Männer mehr zur Verfügung stehen. Im sozialen Bereich, in dem Zivildienstleistende zum Einsatz kommen, könnten viele Leistungen nicht mehr oder nur bei höheren Kosten erbracht werden. **Andererseits** gibt es bereits heute mit dem Freiwilligen Sozialen und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr, die in Verantwortung der Bundesländer durchgeführt werden, Möglichkeiten für junge Männer und Frauen, einen Dienst für die Gemeinschaft und am Menschen zu leisten. Vor allem aber gibt es bereits ein tragfähiges Modell für einen „Freiwilligen Zivildienst“. Freiwillige Dienste könnten sowohl in der Bundeswehr – auch für Frauen – als auch im sozialen Bereich massiv gestärkt, neu entwickelt und attraktiv gestaltet werden. Mittel, die bislang für den Zivildienst aufgewendet werden, könnten entsprechend umgewidmet werden.

- **Einerseits** hat sich die Bundeswehr bei Naturkatastrophen im Inland bewährt. Nicht zuletzt die Wehrpflichtigen waren bei der Bewältigung solcher Katastrophen eine zuverlässige Stütze. Ohne Wehrpflichtige würde die Bundeswehr kleiner und in der Fläche weniger präsent. Beides könnte sich im Falle einer Naturkatastrophe negativ auswirken.

**Andererseits** kann die Bundeswehr nach der Ordnung unseres Grundgesetzes auch ohne Wehrpflichtige unterstützend zur Katastrophenhilfe herangezogen werden. Sie sind dafür mit ihrer Einsatzerfahrung und Fähigkeiten von ABC-Abwehr bis zu Logistik und Transport bestens geeignet. Dennoch müssen die Streitkräfte als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik vor allem auf die Einsätze im Ausland hin ausgerichtet werden, da von dort die primäre Gefährdung unserer Sicherheit droht. Die Bewältigung von Naturkatastrophen ist vorrangig Aufgabe anderer Organisationen. Die Bundeswehr ist hier nur hilfsweise tätig.

- **Einerseits** dient die Wehrpflicht auch der Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft. Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland wäre ohne die Einführung der Wehrpflicht nicht denkbar gewesen.

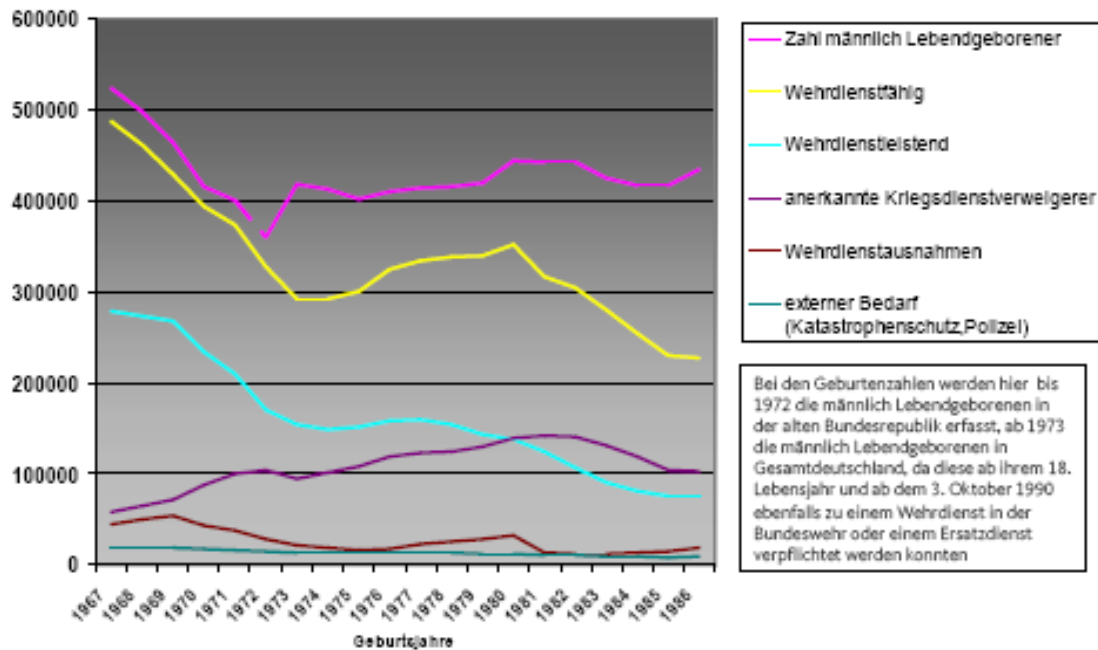
**Andererseits** hat sich die Bundeswehr in über sechs Jahrzehnten als Armee in der Demokratie bewährt. Das Primat der Politik ist unangefochten. Die Zeit- und Berufssoldaten fühlen sich als Staatsbürger in Uniform. Sie selbst, ihre Familien, Freunde und Nachbarn garantieren die Verankerung in der Gesellschaft. Es droht kein Staat im Staate. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht die Weimarer Republik.

- **Einerseits** sind der Wehrdienst und die daraus abgeleiteten Ersatzdienste Dienste für die Gemeinschaft. Es sind die einzigen Dienste, zu denen junge Menschen in unserer Gesellschaft verpflichtet sind. Sie führen junge Menschen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zusammen.

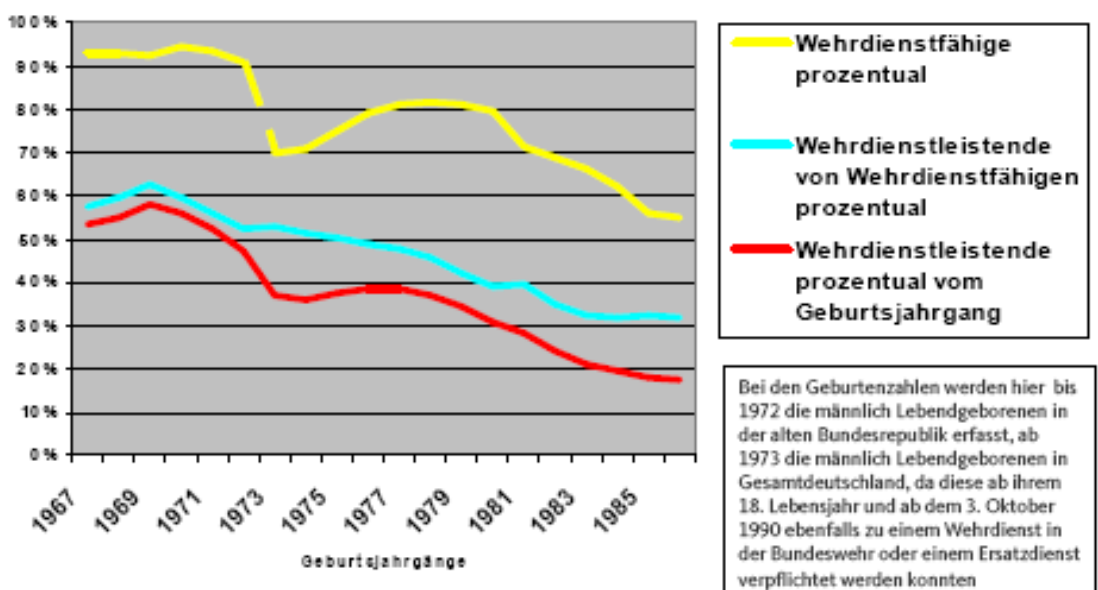
**Andererseits** sind zu diesen Diensten lediglich junge Männer verpflichtet. Zudem werden aktuell lediglich knapp über die Hälfte der jungen Männer überhaupt nach ihrer Musterung als (wehr-)dienstfähig eingestuft, d. h. fast die Hälfte wird ausgemustert und muss gar keinen Dienst leisten. Lediglich ca. 16 Prozent der jungen Männer leisten derzeit den Wehrdienst. Der Zivildienst ist nicht mehr die Ausnahme. Vielmehr leisten hier mehr junge Männer ihren Dienst als bei der Bundeswehr.

Weniger als die Hälfte der jungen Männer insgesamt leistet momentan überhaupt einen Dienst. Dienstgerechtigkeit – also das Ziel, dass eine größtmögliche Zahl der jungen Männer jedes Jahrgangs einen Dienst leistet – ist nicht mehr gegeben.

### Dienstleistung nach Geburtsjahr (ab 1967)

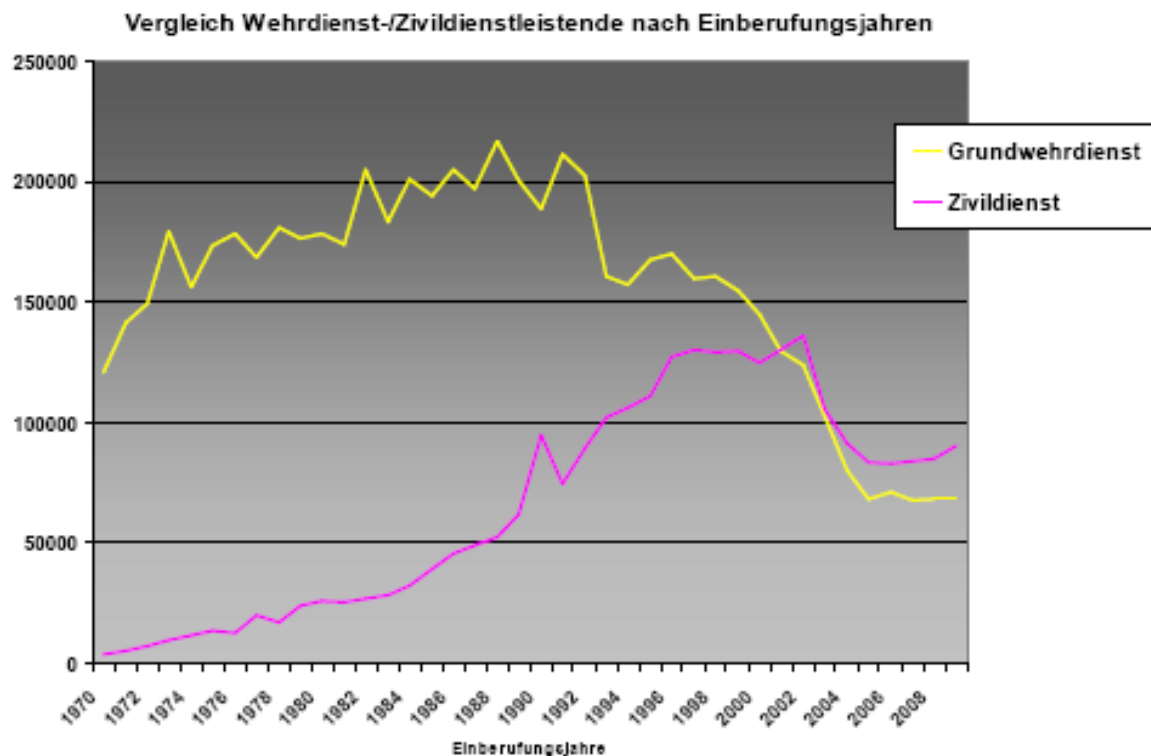


### Wehrdienstfähige und Wehrdienstleistende in den Geburtsjahrgängen 1967-1986

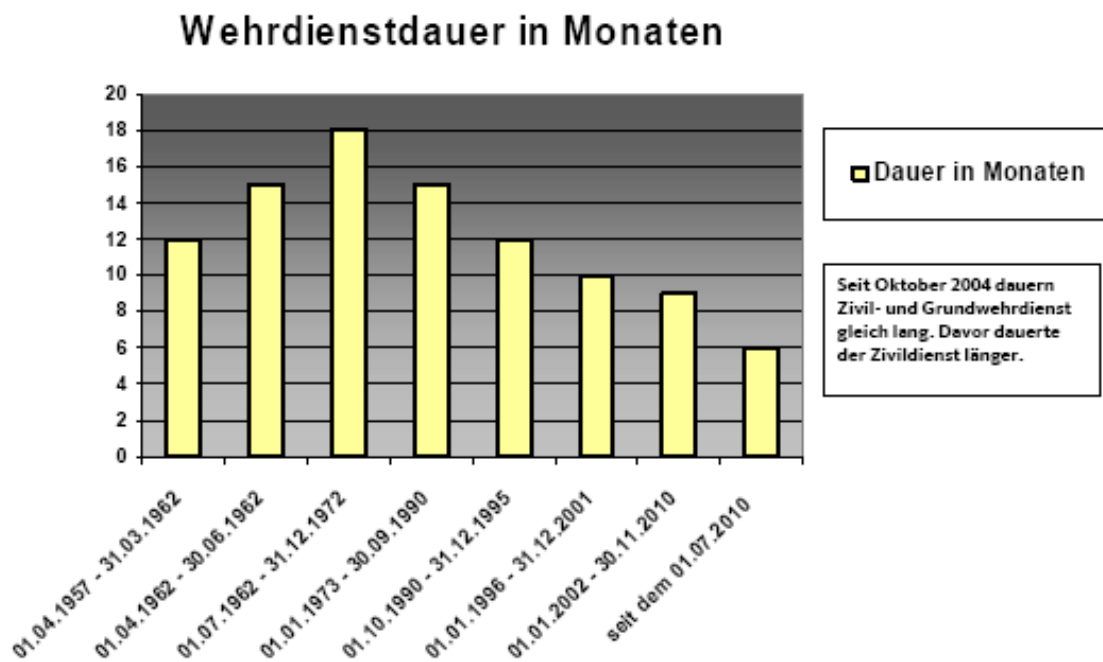


- **Einerseits** ist und bleibt die Bundeswehr das entscheidende Instrument der deutschen Sicherheitspolitik. Eine ausreichende Ausstattung – auch in personeller Hinsicht – ist unverzichtbar. Die Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten, ist eine Kernaufgabe des Staates. Dafür können und dürfen die Bürger dieses Landes auch in die Pflicht genommen werden.

**Andererseits** haben sich Auftrag und damit auch die Struktur der Bundeswehr seit dem Ende des Kalten Krieges grundlegend gewandelt. 1989 dienten ca. 495 000 Soldaten bei der Bundeswehr, darunter ca. 200 000 Wehrpflichtige. Zudem hatte die Nationale Volksarmee der DDR eine Personalstärke von ca. 155 000 Soldaten. Heute umfasst die Bundeswehr ca. 248 700 Soldatinnen und Soldaten. Davon sind ca. 26 400 Freiwillig länger Wehrdienstleistende und ca. 32 600 Grundwehrdienstleistende. Dies zeigt, dass angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage die Wehrdienstleistenden an Bedeutung verloren haben. Die Sicherheit Deutschlands hängt heute nicht mehr vom Wehrdienst ab. Die Wehrpflicht ist aber ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit, dass sie nur sicherheitspolitisch begründet werden kann.



Auch die Wehrdienstdauer spiegelt die veränderte Sicherheitslage wider.



- **Einerseits** könnte durch die Einführung einer Allgemeinen Dienstpflicht, eines Sozialen und sicherheitspolitischen Pflichtjahres oder einer Heimatschutzpflicht für alle jungen Männer und gegebenenfalls auch Frauen dem Problem der Wehr- und Dienstgerechtigkeit begegnet werden. Zugleich würde damit die sicherheitspolitische Vorsorge nicht nur gestärkt, sondern auch der soziale Dienst für die Gemeinschaft ausgeweitet.

**Andererseits** stellt sich die Frage, wie ca. 400 000 junge Männer beziehungsweise 800 000 junge Männer und Frauen pro Jahr sinnvoll in einen Pflichtdienst integriert werden sollen. Es ist zweifelhaft, ob es gesamtökonomisch sinnvoll und miteinander vereinbar ist, einerseits für die notwendige Verkürzung der Ausbildungszeiten einzutreten, andererseits aber ganze Jahrgänge einer solchen Pflicht unterwerfen zu wollen. Offen ist zudem, wie die entstehenden Kosten getragen werden sollten. Jeder (und jede) Dienstleistende hat einen Anspruch auf Sold bzw. Bezahlung. Auch z. B. Ausbildung, Unterkunft und Verköstigung verursachen Kosten.

Angesichts der gesellschaftlichen Realität, z. B. durchschnittlich schlechtere Aufstiegschancen für Frauen in der Wirtschaft, schlechtere Bezahlung in vergleichbaren Positionen oder Verdienstausschlägen aufgrund der Mutterschaft,

wäre es unangemessen, müssten auch Frauen eine solche Pflicht leisten.

Zudem wäre ein solcher Dienst nach geltender Rechtsauffassung rechtswidrig, wobei eine Heimatschutzpflicht eventuell nicht gegen das Grundgesetz, vermutlich aber gegen internationale, für die Bundesrepublik verbindliche Menschenrechtsverträge verstößt. Alle Dienstformen würden Art. 8 des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte und Art. 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzen. In Art. 8 Abs. 3a des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte heißt es:

*"Niemand darf gezwungen werden, Zwangs- oder Pflichtarbeit zu verrichten".*

Als Ausnahmen werden ausdrücklich der Wehrdienst bzw. der Wehersatzdienst (Zivildienst) genannt (Art. 8 Abs. 3c II). Die Europäische Menschenrechtskonvention äußert sich sinngleich.

Auch ist die Einführung eines solchen Dienstes – eventuell mit Ausnahme der Heimatschutzpflicht – politisch nicht umsetzbar, da eine Grundgesetzänderung die notwendige Voraussetzung wäre. Das Grundgesetz steht der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht entgegen. Art. 12 (Berufsfreiheit), Abs. 2 GG lautet:

*„Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen, allgemeinen und für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.“*

Eine Dienstpflicht für alle entspräche nicht dem Kriterium der Herkömmlichkeit.

Zudem müsste eine Dienstpflicht „für alle gleich“ sein, also auch Frauen umfassen, was aus den genannten politischen Gründen falsch wäre. Eine allgemeine Dienstpflicht nur für Männer ist wiederum mit dem Gleichheitsgrundsatz von Art. 3, Abs. 2 und 3 GG nicht vereinbar.

Bei allen Überlegungen über die Zukunft der Wehrpflicht und Bundeswehr muss die Aussage, die der ehemalige Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog auf der 35. Kommandeurstagung in München am 15. November 1995 gemacht hat, aufmerksam im Blick behalten werden:

*„Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit des jungen Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet. Sie ist also kein allgemeingültiges ewiges Prinzip, sondern sie ist auch abhängig von der konkreten Sicherheitslage. Ihre Beibehaltung, Aussetzung oder Abschaffung*

*und ebenso die Dauer des Grundwehrdienstes müssen sicherheitspolitisch begründet werden können. Gesellschaftspolitische, historische, finanzielle und streitkräfteinterne Argumente können dann ruhig noch als Zusätze verwendet werden. Aber sie werden im Gespräch mit dem Bürger nie die alleinige Basis für Konsens sein können.*

*Wehrpflicht glaubwürdig zu erhalten, heißt also zu erklären, weshalb wir sie trotz des Wegfalls der unmittelbaren äußeren Bedrohung immer noch benötigen.“*

Noch ein weiterer Aspekt ist zu beachten: Der Zivildienst ist ein Ersatzdienst für den Wehrdienst. Der Zivildienst selbst ist deshalb kein Argument für die Aufrechterhaltung des Wehrdienstes. Über die Zukunft der Bundeswehr und der Wehrpflicht muss unabhängig vom Zivildienst und auch unabhängig von gesellschafts- oder strukturpolitischen Argumenten entschieden werden. Maßgeblich muss die sicherheitspolitische Analyse sein.

**Mögliche Referenten aus der CDU**

- Dr. Andreas Schockenhoff MdB  
Stellvertretender Vorsitzender  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/227-73174  
Fax: 030/227-76955  
E-Mail: [andreas.schockenhoff@bundestag.de](mailto:andreas.schockenhoff@bundestag.de)
- Ernst-Reinhard Beck MdB  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/227-73742  
Fax: 030/227-76362  
E-Mail: [ernst-reinhard.beck@bundestag.de](mailto:ernst-reinhard.beck@bundestag.de)
- Henning Otte MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/227-72320  
Fax: 030/227-76320  
E-Mail: [henning.otte@bundestag.de](mailto:henning.otte@bundestag.de)
- Kontakt zu weiteren (stellvertretenden) Mitgliedern der Arbeitsgruppe Verteidigung  
über das Sekretariat der AG: 030/227-57241 oder  
[http://www.cducsu.de/Titel\\_verteidigung/TabID\\_13/SubTabID\\_15/AGID\\_5/arbeitsgruppen.aspx](http://www.cducsu.de/Titel_verteidigung/TabID_13/SubTabID_15/AGID_5/arbeitsgruppen.aspx)

- Philipp Mißfelder MdB  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Auswärtiges  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/227-73821  
Fax: 030/227-76821  
E-Mail: [philipp.missfelder@bundestag.de](mailto:philipp.missfelder@bundestag.de)
- Roderich Kiesewetter MdB  
Stellvertreter des Präsidenten des Reservistenverbandes  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/227-77594  
Fax: 030/227-76594  
E-Mail: [roderich.kiesewetter@bundestag.de](mailto:roderich.kiesewetter@bundestag.de)

### **Referenten aus Institutionen, Verbänden etc.**

- Standortkommandanten bzw. Standortälteste  
Falls Ihnen der nächst gelegene Standort nicht bekannt sein sollte, können Sie über folgenden Informationen einholen:  
[http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04\\_Sj9SPykyssy0xPLMnMz0vM0Y\\_QjzKLd443sQwBSYGYxgFAJkwsKCVV39cjPzcVKBtpDhQ0NzMz04\\_KSU1PTK7UD9b31g\\_QL8iNKPd2dFQEAGQP2CI!/delta/base64xml/L3dJdyEvd0ZNQUFzQUcvNEIVRS82X0NfNDIU](http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykyssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd443sQwBSYGYxgFAJkwsKCVV39cjPzcVKBtpDhQ0NzMz04_KSU1PTK7UD9b31g_QL8iNKPd2dFQEAGQP2CI!/delta/base64xml/L3dJdyEvd0ZNQUFzQUcvNEIVRS82X0NfNDIU)  
Dort bei der Auswahlfunktion „Bundesland“ ihr Land eingeben und sich dann an das zuständige „Landeskommando“ wenden.  
Eine Übersicht über die Landeskommandos finden Sie auch im folgenden Dokument ab S. 13:  
<http://www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W286XDTV082INFODE/100701%20Verzeichnis%20Ldi%20Internet.pdf>

- Deutscher BundeswehrVerband  
Guido Daleman  
Abteilung Verbandspolitik und Recht  
Bundesgeschäftsstelle Bonn  
53175 Bonn  
Tel.: 0228/3823-186  
Fax: 0228/3823-230  
E-Mail: [guido.daleman@dbwv.de](mailto:guido.daleman@dbwv.de)
- Bundesamt für den Zivildienst  
50964 Köln  
Tel.: 0221/3673-0  
Fax: 0221/3673-4661  
E-Mail: [service@baz.bund.de](mailto:service@baz.bund.de)  
[www.zivildienst.de](http://www.zivildienst.de)
- Zentralstelle für Kriegsdienstverweigerer (KdV)  
<http://www.zentralstelle-kdv.de/index.php>
- Kreiswehrrersatzämter  
<http://www.terrww.bundeswehr.de/portal/a/terrww/aufgaben/wehrrersatz/wasistei/ubersicht>
- Vertreter örtlicher bzw. regionaler Zivildienststellen, z. B. Deutsches Rotes Kreuz
- Dr. Patrick Keller  
Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung  
Abteilung Politik und Beratung  
Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin  
Tel.: 030/26996-3510  
Fax: 030/26996-3551  
E-Mail: [patrick.keller@kas.de](mailto:patrick.keller@kas.de)

- Prof. Dr. Carlo Masala  
Universität der Bundeswehr München  
Institut für Politikwissenschaft  
Werner-Heisenberg-Weg 39  
85577 Neubiberg  
Tel.: 089/6004-2044  
Fax: 089/6004-4460  
E-Mail: [carlo.masala@unibw.de](mailto:carlo.masala@unibw.de)
  
- Brigadegeneral a. D. Dr. Klaus Wittmann  
Kontakt über:  
Markus Lackamp  
CDU-Bundesgeschäftsstelle  
Klingelhöferstr. 8  
10785 Berlin  
Tel.: 030/22070 341  
Fax: 030/22070 345  
E-Mail: [markus.lackamp@cdu.de](mailto:markus.lackamp@cdu.de)

### **Artikel, Interviews, Kommentare**

Ankenbrand, Hendrik/Zimmermann, Klaus: „Latrinendienst fördert nicht die Berufskompetenz“, in: FAZ 08.08.2010. - Interview

<http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~EB8688A3698E947598516C8588A7009BF~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Bertram, Christoph: Schindluder mit der Wehrpflicht, in: Der Tagesspiegel 02.07.2010.

<http://www.tagesspiegel.de/meinung/schindluder-mit-der-wehrpflicht/1873360.html>

Fels, Markus: Vier gewinnt, in: Rheinischer Merkur 26.08.2010.

[http://www.merkur.de/2010\\_34\\_leiter-bundeswehr.44254.0.html?&no\\_cache=1](http://www.merkur.de/2010_34_leiter-bundeswehr.44254.0.html?&no_cache=1)

Joffe, Josef: Abtreten, bitte!, in: Die Zeit 34 ( 2010 ).

<http://www.zeit.de/2010/34/01-Wehrpflicht>

Jungholt, Thorsten: Freiwillige vor!, in: Die Welt 04.08.2010.

<http://www.welt.de/die-welt/debatte/article8807649/Freiwillige-vor.html>

Käppner, Joachim: Die Armee der Bürger, in: Süddeutsche Zeitung 26.07.2010.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/debatte-um-wehrpflicht-die-armee-der-buerger-1.979614>

Naumann, Klaus: „Ein Wehrdienst von sechs Monaten macht keinen Sinn“, in: Die Welt 02.08.2010. – Interview mit Meyer, Simone

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article8762074/Wehrdienst-von-sechs-Monaten-macht-keinen-Sinn.html>

Naumann, Klaus: Die Bundeswehr nicht noch mehr schwächen, in: FAZ 23.08.2010.

(nur kostenpflichtig über das FAZ-Archiv abrufbar)

Rühe, Volker/Weisser, Ulrich: Bündnisfähig bleiben! in: Der Spiegel 30/2010.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-72370212.html>

Rühle, Michael: Eine Freiwilligenarmee, in: FAZ 26.08.2010.

(nur kostenpflichtig über das FAZ-Archiv abrufbar)

Schockenhoff, Andreas/ Kiesewetter, Roderich: Für einen freiwilligen Wehrdienst, in: FAZ 20.08.2010.

[http://www.roderich-kiesewetter.de/index.php?id=73&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=896&tx\\_ttnews\[backPid\]=71&cHash=cfb5676e6e](http://www.roderich-kiesewetter.de/index.php?id=73&tx_ttnews[tt_news]=896&tx_ttnews[backPid]=71&cHash=cfb5676e6e)

Schwarzkopf, Andreas: Was Europas Truppen brauchen, in: Frankfurter Rundschau 24.08.2010.

<http://www.fr-online.de/politik/meinung/was-europas-truppen-brauchen/-/1472602/4582922/-/index.html>

Werkner, Ines-Jacqueline: Noch die Schule der Nation?, in: FAZ 23.07.2010.

<http://www.faz.net/s/RubA24ECD630CAE40E483841DB7D16F4211/Doc~E80472A2C819B448BBAC2DDA7B8A4DD1D~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Wittmann, Klaus: Innere und äußere Führung, in: Die Welt 21.08.10

<http://www.welt.de/die-welt/debatte/article9120600/Innere-und-aeussere-Fuehrung.html>